

Religion in der Bundesrepublik Deutschland

herausgegeben von

Christian Albrecht, Julia Angster,
Reiner Anselm, Andreas Busch, Hans Michael Heinig
und Christiane Kuller

1



Teilnehmende Zeitgenossenschaft

Studien zum Protestantismus in den ethischen Debatten
der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989

herausgegeben von

Christian Albrecht und Reiner Anselm

Mohr Siebeck

Digitaler Sonderdruck des Autors mit Genehmigung des Verlages

CHRISTIAN ALBRECHT, geboren 1961; Inhaber des Lehrstuhls für Praktische Theologie an der Evangelisch-theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München.

REINER ANSELM, geboren 1965; Inhaber des Lehrstuhls für Systematische Theologie und Ethik an der Evangelisch-theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München.

ISBN 978-3-16-153630-4

ISSN 2364-3684 (Religion in der Bundesrepublik Deutschland)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2015 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Hubert & Co in Göttingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Digitaler Sonderdruck des Autors mit Genehmigung des Verlages

Vorwort

Ethische Debatten um Frieden und Freiheit, um Ehe und Familie, um soziale Gerechtigkeit und Schutz der Umwelt wurden rasch zu zentralen Selbstverständigungsdebatten der jungen Bundesrepublik. Protestanten haben sich an ihnen mit großem Deutungs- und Gestaltungswillen beteiligt, und zwar in kirchlich-konfessionellem, individuellem und gesellschaftlichem Engagement. Daraus formte sich die spezifische Gestalt eines bundesdeutschen Nachkriegsprotestantismus.

Im Sommer 2013 hat eine von der DFG geförderte, in München und Göttingen angesiedelte, interdisziplinäre Forschergruppe ihre Arbeit aufgenommen, die sich mit dem *Protestantismus in den ethischen Debatten der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989* befasst. Der vorliegende Band dokumentiert systematische Fragestellungen, fachspezifische Erkenntnisinteressen und erste Einsichten der gemeinsamen Überlegungen, die sich in der Verschränkung von theologischen, zeithistorischen, juristischen und politikwissenschaftlichen Perspektiven der inneren Vielgestaltigkeit des Protestantismus, der Vielfalt seiner gesellschaftlichen Ausstrahlung und der Komplexität seiner eigenen Veränderungsdynamik widmen.

Die Beschäftigung mit dem bundesdeutschen Protestantismus versteht sich als Beitrag zu einer gesellschaftspolitisch informierten Religionsgeschichte der Bundesrepublik. Sie steht im Kontext einer gegenwärtig zunehmenden Wahrnehmung der Bedeutung religionskultureller Faktoren für den Aufbau der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Dass ein Forum für diese Forschungen nun mit der neuen Reihe »Religion in der Bundesrepublik Deutschland« zur Verfügung steht, die mit dem vorliegenden Band eröffnet wird, ist dem Verlag Mohr Siebeck zu danken. Nicht zuletzt aber gilt unser Dank allen Mitgliedern der Forschergruppe für die engagierte Zusammenarbeit.

München und Göttingen, im Advent 2014

Christian Albrecht
Reiner Anselm

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XI

I. Einführung ins Thema

CHRISTIAN ALBRECHT UND REINER ANSELM	
Zur Erforschung des Protestantismus in den ethischen Debatten der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989	3

II. Grundlegende Fragestellungen

ANDREAS BUSCH	
Politische Mitwirkung des Protestantismus	15
HANS MICHAEL HEINIG	
Protestantische Vorstellungen demokratischer Rechtserzeugung	37
CHRISTIANE KULLER	
Der Protestantismus und die Debatten um den deutschen Sozialstaat. .	53
CLAUDIA LEPP	
Der Protestantismus in den Debatten um gesellschaftliche Integration und nationale Identität.	65
CHRISTIAN ALBRECHT	
Protestantische Kommunikationsformen	81

REINER ANSELM

Individualisierungsprozesse als Referenzpunkt theologisch-ethischer Theoriebildung.	95
---	----

MARTIN LAUBE

Die bundesrepublikanische Gesellschaft im Spiegel der theologischen Ethik	105
---	-----

III. Fallskizzen

STEFAN FUCHS

Politische Einflusswege des Protestantismus	121
---	-----

TOBIAS SCHIEDER

Der Einfluss protestantischer Ethik auf die Wiederbelebung des Widerstandsrechts nach 1945.	149
---	-----

FELIX TEUCHERT

Normativer Anspruch, theologische Deutung und soziologische Analyse. Die evangelische Akademie Hermannsburg-Loccum in den Debatten über die Integration der Ostvertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft	169
--	-----

SABRINA HOPPE

»Aber wir können doch nicht alle Leute, die zu diesen Dingen etwas zu sagen haben, mit heranziehen!«. Das Netzwerk Friedrich Karrenbergs als exemplarisches protestantisches Netzwerk in der frühen Bundesrepublik.	199
--	-----

TERESA SCHALL

Kommunikation des Protestantismus. Wirkungen und Rückwirkungen von Rundfunkkommentaren zum Kirchentag 1969 auf das mediale Bild des Protestantismus.	235
---	-----

PHILIPP STOLTZ

Tische statt Huthaken. Werner Simpfendörfers Konzeption des »Baulichen Provisoriums« als Modell protestantischer Verantwortung in der Gesellschaft	265
--	-----

SARAH JÄGER

Individualisierung als Herausforderung.
Der Protestantismus vor Fragen von Sittlichkeit, Sexualethik
und Geschlecht in den fünfziger und sechziger Jahren 295

HENDRIK MEYER-MAGISTER

Individualisierung als Nebenfolge. Das Engagement
des Protestantismus für die Kriegsdienstverweigerung
in den 1950er Jahren 327

GEORG KALINNA

Von Gottes Gnaden? Das evangelische Staatsverständnis
in der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre
zwischen Wandel und Beharrung. 369

IV. Ausblick

CHRISTIAN ALBRECHT UND REINER ANSELM

Der bundesdeutsche Nachkriegsprotestantismus: Erste Umriss 387

Autorenverzeichnis 397

Personenregister 399

Sachregister 411

Abkürzungsverzeichnis

ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
AEABB	Archiv der Evangelischen Akademie Bad Boll
AEKR	Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BverfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
ESL	Evangelisches Soziallexikon
EZA	Evangelisches Zentralarchiv (Berlin)
LKA Hannover	Landeskirchliches Archiv Hannover
LKA Kiel	Landeskirchliches Archiv Kiel
LKA Stuttgart	Landeskirchliches Archiv Stuttgart
OLG	Oberlandesgericht
RGG ²	Die Religion in Geschichte und Gegenwart. Zweite Auflage
RGG ³	Die Religion in Geschichte und Gegenwart. Dritte Auflage
RGG ⁴	Religion in Geschichte und Gegenwart. Vierte Auflage
TRE	Theologische Realenzyklopädie

Politische Mitwirkung des Protestantismus

ANDREAS BUSCH

Einleitung

Aus der Perspektive des Fachs Politikwissenschaft stellt sich im Hinblick auf den Protestantismus nach 1945 zuvörderst die Frage nach dem Einfluss auf die politische Willensbildung durch aktive Teilhabe. Genauer gesagt soll im Mittelpunkt der diesbezüglichen Forschung die Frage stehen, auf welche Weise, mit welchen Ressourcen und mit welchen Ergebnissen sich dem Protestantismus zuzuordnende einzelne Personen, kirchliche Gremien oder sonstige Gruppen Zugang zum politischen Systems verschafft und diesen zur Durchsetzung eigener Präferenzen genutzt haben. Weitere Fragen, die sich daran anschließen, sind etwa die nach den gewählten Foren für den Einfluss, nach der Nutzung bestehender oder der Ausbildung eigener Institutionen, oder nach direktem Einfluss oder indirektem, d. h. Wirkung durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung.

Dabei ist über den in Frage stehenden Zeitraum, nämlich die Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, in Bezug auf diesen Einfluss mit erheblichen Veränderungen zu rechnen, die mit der sich wandelnden Rolle von Religion in der Gesellschaft insgesamt (und damit auch des Protestantismus) zusammenhängen. Dazu sei nur stichwortartig auf die These einer zunehmenden Säkularisierung im Prozess der gesellschaftlichen Modernisierung hingewiesen¹ oder auf den Nie-

¹ Siehe als Überblick zur Debatte über Säkularisierung etwa STEVE BRUCE: *Secularization. In defence of an unfashionable theory*, Oxford 2011; sowie CHARLES TAYLOR: *A secular age*, Cambridge 2007. Zur Frage, ob es sich dabei eher um einen Mythos handelt, DETLEF POLLACK: *Säkularisierung – ein moderner Mythos? Studien zum religiösen Wandel in Deutschland*, Tübingen 2003. JOSÉ CASANOVA: *Public religions in the modern world*, Chicago 1994 verweist auf die wichtige Rolle von *public religion* insbesondere außerhalb Europas; DETLEF POLLACK: *Religion und Moderne. Zur Gegenwart der Säkularisierung in Europa*, in: *Religion und Gesellschaft. Tagung des Arbeitskreises für Moderne Sozialgeschichte im April 2006*, hg. von FRIEDRICH WILHELM GRAF und KLAUS GROSSE KRACHT, Köln 2007, S. 73–103; GERT PICKEL und OLAF MÜLLER (Hgg.): *Church and Religion in Contemporary Europe. Results from Empirical and Comparative Research*, Wiesbaden 2009 und GERT PICKEL: *Säkularisierung, Individualisierung oder Marktmodell? Religiosität und ihre Erklärungsfaktoren im europäischen Vergleich*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62 (2010), S. 219–245 geben einen Überblick zur diesbezüglichen Lage in Europa.

dergang des Einflusses des Christentums in der Bundesrepublik durch eine Pluralisierung der religiösen Landschaft.² Wie auch immer man sich zu diesen Deutungsangeboten verhält, deren Erklärungskraft gerade wegen ihres generalisierenden Anspruchs umstritten ist: Solche Prozesse werden wahrscheinlich nicht ohne Folgen für den Zugang protestantischer Kräfte zum politischen System geblieben sein – sei es durch Verringerung des relativen elektoralen Gewichts, mit dem diese Stimmen sprechen, oder durch den Verlust des Alleinstellungsanspruchs einer christlich geprägten Perspektive als Folge der Konkurrenz durch andere organisierte Religionen.

Trotz dieser Entwicklungen – deren Details ohnehin weiter der wissenschaftlichen Debatte unterliegen und daher noch nicht als abschließend gesichertes Wissen gelten können – ist die Relevanz von Religion im öffentlichen Leben und insbesondere im gesellschaftlichen Teilsystem Politik zweifellos auch heute noch von erheblicher Wichtigkeit. Spätestens seit den Terror-Anschlägen auf die Vereinigten Staaten am 11. September 2001, die die bereits im Jahrzehnt zuvor geäußerte These vom »clash of civilisations«³ zu bestätigen schienen, ist das Zerstörungs- und Einflusspotential religiöser Konflikte auch wieder in das allgemeine Bewusstsein gerückt und wird dort durch die anhaltenden Auseinandersetzungen im Nahen Osten beständig aktualisiert. Aber auch im Bereich der Innenpolitik lassen sich Kontroversen benennen, in denen religiöse Motive eine wichtige Rolle spielen – als Stichworte seien hier (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) etwa das »Kruzifix-Urteil« des Bundesverfassungsgerichts, die Auseinandersetzungen um das Tragen von Kopftüchern im Schuldienst oder die Debatte um die Beschneidung von Jungen genannt.⁴

In den letzten Jahren ist es unter anderem aufgrund dieser Ereignisse zu einem wachsenden wissenschaftlichen Interesse am Thema des Einflusses von Religion auf Politik gekommen, wie aktuelle Überblicksartikel konstatieren.⁵ Dort werden auch eine ganze Reihe von neueren Monographien und Sammelbän-

² Siehe hierzu unlängst die Studie von THOMAS GROSSBÖLTING: *Der verlorene Himmel: Glaube in Deutschland seit 1945*, Göttingen 2013; sowie generell zu Rolle von Religion in modernen Gesellschaften DETLEF POLLACK und DANIEL V. A. OLSON (Hgg.): *The role of religion in modern societies*, New York 2008.

³ SAMUEL P. HUNTINGTON: *The clash of civilizations and the remaking of world order*, New York 1996.

⁴ Als weiterführende Literaturhinweise hierzu siehe etwa URSULA HOMANN: *Der Ärger mit dem Kreuz*, in: *Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte* 10 (1995), S. 872–876. CHRISTIAN HENKES und SASCHA KNEIP: *Von offener Neutralität zu (unintendiertem) Laizismus. Das Kopftuch zwischen demokratischem Mehrheitswillen und rechtsstaatlichen Schranken*, in: *Leviathan* 38 (2010), S. 589–616; HEINER BIELEFELDT: *Der Kampf um die Beschneidung. Das Kölner Urteil und die Religionsfreiheit*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 57 (2012), S. 63–72.

⁵ Etwa GRAHAM MADDOX: *Religion and the rise of democracy*, London / New York 1996; ANTONIUS LIEDEGENER: *Politik und Religion in der aktuellen politischen Wissenschaft. Mehr als politische Gewalt im Namen Gottes*, in: *Zeitschrift für Politik* 58 (2011), S. 188–212.

den sowie Sonderheften von Zeitschriften nachgewiesen, die sich verschiedenen Aspekten des Themas widmen. Dennoch muss, wie weiter unten in diesem Kapitel ausgeführt werden wird, die Analyse dieses Themenbereiches als im Fach Politikwissenschaft vergleichsweise gering entwickelt bewertet werden. Das gilt insbesondere für die Zuspitzung auf den Einfluss der Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland, und umso mehr, je weiter man sich über die Jahrzehnte zurück ihrer Gründungsphase nähert und je mehr man auf den Protestantismus fokussiert. In Überblickswerken und -artikeln wird ein Einfluss der beiden christlichen Kirchen auf die bundesdeutsche Politik zwar zumeist summarisch positiv gewürdigt,⁶ doch fehlt es fast völlig an detaillierten Untersuchungen über die genauen Absichten, Wege und Ergebnisse solcher Einflussversuche auf die politische Willensbildung.

Zur Schließung dieser Lücken in der Forschung beizutragen gehört zu den Absichten der politikwissenschaftlichen Beiträge im Rahmen der in diesem Band skizzierten Forschungsperspektive. Auf welche Weise dabei vorgegangen und auf welche Aspekte dabei fokussiert werden wird, soll in diesem Kapitel dargestellt werden. Dabei steht zunächst eine genauere Darstellung der bisherigen politikwissenschaftlichen Forschung zu diesem Themengebiet im Vordergrund, bevor dann mit dem Fokus auf Parteien als Wirkungskanal für den Protestantismus ein Bereich exemplarisch näher in den Blick genommen wird.

Politikwissenschaftliche Forschung zum Thema Kirchen und Protestantismus

Wie in der Einleitung bereits dargelegt, ist die Beschäftigung mit den Themen Kirche und Religion in der Politikwissenschaft über lange Zeit sehr gering gewesen. Ein Literaturüberblick konstatierte denn auch bereits zum Ende der 1980er

⁶ Siehe beispielsweise HANS MAIER: Die Kirchen, in: Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, hg. von RICHARD LÖWENTHAL und HANS-PETER SCHWARZ, Stuttgart 1974, S. 494–515 aus kirchenfreundlicher, HANS-ULRICH WEHLER: Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München 2008, S. 363–373 aus kirchenskeptischer Perspektive. Ein zeithistorischer Überblick zum Thema Religion in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1990 findet sich bei BENJAMIN ZIEMANN: Religion and the Search for Meaning, 1945–1990, in: The Oxford handbook of modern German history, hg. von HELMUT WALTER SMITH, Oxford 2011, S. 689–710. Auch in politikwissenschaftlichen Einführungsbüchern zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland sowie politikwissenschaftlichen Nachschlagewerken findet sich zwar eine Würdigung des Einflusses, doch bleibt sie fast immer pauschal und unspezifisch (vgl. KLAUS VON BEYME: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden ¹¹2010; JOACHIM JENS HESSE und THOMAS ELLWEIN: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Berlin ⁹2004; MANFRED G. SCHMIDT [Hg.]: Die westlichen Länder, München 1992; MANFRED G. SCHMIDT: Das politische System Deutschlands. Institutionen, Willensbildung und Politikfelder, München ²2011).

Jahre einen »unbefriedigenden Forschungsstand«⁷; anderthalb Jahrzehnte später führte die politikwissenschaftliche Forschung zu Politik und Religion immer noch ein »Schattendasein«, wie die Herausgeber des ersten PVS-Sonderhefts in diesem Themengebiet feststellen mussten⁸, und auch der jüngste Literaturüberblick bewertet das Thema in der Fachperspektive als »bestenfalls randständig«, auch wenn in den letzten Jahren ein gestiegenes Interesse zu diagnostizieren sei⁹. Es ist daher keine Überraschung, dass diese lange Vernachlässigung sich in einer recht übersichtlichen Literaturlage niederschlägt, mit einer nur kursorischen Behandlung des Themas in der Standardliteratur und der bereits erwähnten Abwesenheit von entsprechenden Stichworten in zentralen Nachschlagewerken. An umfassend den Themenbereich behandelnden Werken sind lediglich zwei Sammelbände¹⁰ sowie ein Tagungsband¹¹ zu nennen; als Monografie kann nur auf ein älteres Werk verwiesen werden, bei dem es sich allerdings um die Übersetzung des Werks eines Politikwissenschaftlers aus den USA handelt¹². In letzter Zeit ist jedoch eine zunehmende Forschungstätigkeit zu konstatieren, die zweifellos mit den weiter oben genannten politischen Entwicklungen zu tun hat. Hier sind aus der Politikwissenschaft etwa ein aktueller Sammelband über »Forschungszugänge in einem transdisziplinären Feld« zu erwähnen¹³, aus der Soziologie ein neueres Zeitschriften-Sonderheft¹⁴.

⁷ GÖTTRIK WEWER: Politische Funktion und politischer Einfluß der Kirchen – kein Thema für die Politikwissenschaft in der Bundesrepublik?, in: Die Kirchen und die Politik, hg. von DEMS. UND HEIDRUN ABROMEIT, Opladen 1989, S. 3–46, hier: 21.

⁸ ULRICH WILLEMS und MICHAEL MINKENBERG: Politik und Religion im Übergang – Tendenzen und Forschungsfragen am Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Politik und Religion, hg. von DENS., Opladen / Wiesbaden 2003, S. 13–41, hier: 13.

⁹ ANTONIUS LIEDEHEGENER: Macht und Einfluss von Religionen. Theoretische Grundlagen und empirische Befunde der politischen Systemlehre und politischen Kulturforschung, in: Religion – Wirtschaft – Politik. Forschungszugänge zu einem aktuellen transdisziplinären Feld, hg. von ANTONIUS LIEDEHEGENER, ANDREAS TUNGER-ZANETTI und STEPHAN WIRZ, Baden-Baden 2011, S. 241–273, hier: 243.

¹⁰ HEIDRUN ABROMEIT und GÖTTRIK WEWER (Hgg.): Die Kirchen und die Politik. Beiträge zu einem ungeklärten Verhältnis, Opladen 1989; MICHAEL MINKENBERG und ULRICH WILLEMS (Hgg.): Politik und Religion, Opladen / Wiesbaden 2003.

¹¹ MANFRED BROCKER, HARTMUT BEHR und MATHIAS HILDEBRANDT (Hgg.): Religion – Staat – Politik. Zur Rolle der Religion in der nationalen und internationalen Politik, Wiesbaden 2003.

¹² FREDERIC SPOTTS: Kirchen und Politik in Deutschland. Mit einem Nachwort zur deutschen Ausgabe von Friedrich Weigend-Abendroth, Stuttgart 1976. Dabei handelt es sich um die Übersetzung von FREDERIC SPOTTS: The churches and politics in Germany, Middletown (Conn) 1973.

¹³ ANTONIUS LIEDEHEGENER, ANDREAS TUNGER-ZANETTI und STEPHAN WIRZ (Hgg.): Religion – Wirtschaft – Politik. Forschungszugänge zu einem aktuellen transdisziplinären Feld, Baden-Baden 2011.

¹⁴ CHRISTOF WOLF und MATTHIAS KOENIG (Hgg.): Religion und Gesellschaft, Wiesbaden 2013.

Verglichen mit der aktiveren Auseinandersetzung in anderen akademischen Fächern fällt der Kontrast auf, und es stellt sich die Frage nach den Gründen. Gelegentlich ist darüber spekuliert worden, ob dieses Defizit auf Furcht vor Macht und Anfeindungen durch die Kirchen zurückzuführen sei;¹⁵ plausibler erscheint allerdings, dass es einen fachimmanenten Grund gibt, nämlich Schwierigkeiten bei der Einordnung im Rahmen der politikwissenschaftlichen Analyse. Denn auf der *input*-Seite des politischen Systems stehen Parteien und Interessenverbände als Akteursklassen bereit, und ersteres sind die Kirchen sicher nicht. Ob man Kirchen und Religionsgemeinschaften aber einfach mit Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Kriegsopferverbänden, dem ADAC oder dem Deutschen Fußballbund als *Interessengruppen* gleichsetzen darf, oder ob sie – da die Vertretung von Mitgliederinteressen nicht ihr primärer Zweck ist – als *sui generis* eingestuft werden müssen, ist intensiv debattiert worden.¹⁶ Obwohl Kirchen und Religionsgemeinschaften wie andere Verbände Zugänge zum politischen System nutzen können, können sie (aufgrund ihrer hohen Binnenpluralität) eventuell weniger glaubhaft mit dem Entzug von systemrelevanten Leistungen oder der Mobilisierung ihrer Mitglieder für oder gegen eine bestimmte Entscheidung drohen; andererseits mögen diese Schwächen durch besondere Dialogfähigkeit und vorgeschaltete innerkirchliche Aushandlungsprozesse kompensiert werden.¹⁷ In einzelnen Fällen bzw. Bereichen können kirchliche Einflussversuche auf die Politik demnach durchaus Erfolg haben.

Die Zurückhaltung politikwissenschaftlicher Forschung im Hinblick auf Fragen von Politik und Religion gilt vor allem für übergeordnete, »große« Fragestellungen. Im Hinblick auf speziellere, differenziertere Themen gibt es durchaus eine erhebliche Beschäftigung. Dies ist vielleicht am offenkundigsten bei der Frage nach dem Einfluss religiöser Bindungen auf das *Wahlverhalten*. Hier gibt es eine seit Jahrzehnten etablierte wahlsoziologische Forschung, die (nicht zuletzt im Zusammenhang mit der bereits erwähnten Säkularisierungsthese) nach dem Ausmaß des Einflusses von Konfessions- bzw. Kirchenbindung auf das Wahlverhalten sowie nach den Folgen von religiösem Wandel für dieses Verhältnis fragt.¹⁸ In konfessioneller Hinsicht war hier lange relative Stabilität festzustellen: die Unionsparteien fanden bei Bundestagswahlen zwischen 1953 und 1998

¹⁵ KLAUS VON BEYME: *Interessengruppen in der Demokratie*, München 1970, S. 32; WEWER: *Politische Funktion und politischer Einfluß der Kirchen*, 1989, S. 21.

¹⁶ HEIDRUN ABROMEIT: Sind die Kirchen Interessenverbände?, in: *Die Kirchen und die Politik*, hg. von DERS. und GÖTTRIK WEWER, Opladen 1989, S. 244–260; zusammenfassend: ULRICH WILLEMS: *Kirchen*, in: *Interessenverbände in Deutschland*, hg. von DERS. und THOMAS VON WINTER, Wiesbaden 2007, S. 316–340.

¹⁷ WILLEMS: *Kirchen*, 1989, S. 335 f.

¹⁸ Siehe dazu etwa den Sammelband von DIETER OBERNDÖRFER, HANS RATTINGER und KARL SCHMITT (Hgg.): *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1985; zu Stabilität und Wandel der konfessionell-religiösen Konfliktlinie insbesondere darin den Beitrag von FRANZ

beständig mehr Unterstützung bei Katholiken als bei Protestanten; umgekehrt gewann die SPD mehr Protestanten für sich als Katholiken.¹⁹ Je stärker die individuelle Kirchenbindung ist (gemessen als Kirchgangshäufigkeit), desto *höher* ist jedoch in beiden Konfessionen die Wahrscheinlichkeit zur Präferenz für die Union und desto *geringer* die Neigung zur SPD.²⁰ Seit der deutschen Vereinigung ist allerdings die Zahl der Konfessionslosen angestiegen; dies wirkt sich relativ zum Nachteil der Christdemokratie aus, während die ihren laizistischen Charakter betonenden Parteien davon profitieren.²¹ Ob sich hier eine ursprünglich konfessionelle Konfliktlinie²² zunehmend in eine der kirchlichen Bindung transformiert, ist aber in der Forschung weiterhin umstritten, gibt es doch weiterhin deutliche Unterschiede im Wahlverhalten zwischen den Konfessionen bei kirchlich stark gebundenen Wählern.²³ Religion spielt auch in der gegenwärtigen Bundesrepublik bei Wahlentscheidungen eine Rolle, wie empirische Untersuchungen allen populären gegenteiligen Theorien zum Trotz belegen.²⁴ Die bereits vor 35 Jahren von dem Mannheimer Wahlforscher Franz Urban Pappi geäußerte und längst zum *bon mot* gewordene Einschätzung gilt also weiter: »Wenn sich der Faktor Religion bei einer Bundestagswahl wieder einmal als wichtig herausgestellt hat, tröstet sich mancher damit, daß dies demnächst ja anders werden

URBAN PAPP: Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft. Entstehung, Stabilität und Wandel, in: Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel, hg. von DIETER OBERNDÖRFER, HANS RATTINGER und KARL SCHMITT, Berlin 1985, S. 263–290. Zur zurückgehenden Relevanz der Konfliktlinie siehe GEOFFREY K. ROBERTS: The ever-shallower cleavage. Religion and electoral politics in Germany, in: Religion and mass electoral behaviour in Europe, hg. von DAVID BROUGHTON und HANS-MARTIEN TEN NAPEL, London 2000, S. 61–74; zum aktuellsten Überblick über den Stand der Forschung siehe SIGRID ROSSTEUTSCHER: Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie zwischen Säkularisierung und Mobilisierung, in: Wählen in Deutschland, hg. von RÜDIGER SCHMITT-BECK, Baden-Baden 2012, S. 111–133. Zur Frage nach Veränderungen aktuell: ULRICH RUH: Religion – Was hat sich verändert? Religion und Wahlverhalten in der Bundesrepublik, in: Herder-Korrespondenz 65 (2011), S. 247–248. Als umfassender Überblick über das Thema Konfession und Wahlverhalten für die »alte« Bundesrepublik maßgeblich ist KARL SCHMITT: Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland (Ordo politicus 27), Berlin 1989.

¹⁹ JÜRGEN W. FALTER und HARALD SCHOEN: Wahlen und Wählerverhalten, in: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, hg. von THOMAS ELLWEIN und EVERHARD HOLTMANN, Opladen 1999, S. 454–470, hier: 463 f.

²⁰ Ebd.

²¹ A.a.O., S. 464.

²² Zur Entstehung der konfessionellen Konfliktlinie in Deutschland siehe PAPP: Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft, 1985.

²³ WOLFGANG JAGODZINSKI und MARKUS QUANDT: Religion und Wahlverhalten in der längsschnittlichen Entwicklung, in: 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland, hg. von MARKUS KLEIN u. a., Wiesbaden 2000, S. 159–181; und ROSSTEUTSCHER: Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie zwischen Säkularisierung und Mobilisierung, 2012.

²⁴ MARTIN ELFF und SIGRID ROSSTEUTSCHER: Stability or Decline? Class, Religion and the Vote in Germany, in: German Politics 20 (2011), S. 107–127, hier: 118.

müsse. Nur anders wird es nun schon seit 30 Jahren nicht.«²⁵ Auch auf der europäischen Ebene – etwa bei den Wahlen zum Europäischen Parlament – zeigt sich ebenfalls weiterhin ein (wenn auch nach Ländern und Parteien differenzierter) Einfluss von Religion.²⁶

Geht man von der individuellen Ebene auf die der staatlichen Organisation, so hat hier insbesondere die Verbindung zwischen Kirchen und spezifischen *Ausprägungen von Sozialstaatlichkeit* das Interesse politikwissenschaftlicher und soziologischer Forschung geweckt. Ideengeschichtlich steht jedenfalls fest, dass es im Hinblick auf beide christlichen Konfessionen einen engen Bezug zu sozialen Ideen gibt.²⁷ Dennoch dominierte in der Forschung über unterschiedliche Wohlfahrtsstaat-Typen lange die ausschließliche Fokussierung auf Machtressourcen organisierter Gruppen sowie parteipolitische Dominanz.²⁸ Sie wurde perspektivisch substantiell erweitert durch die Erkenntnis der Bedeutung religiöser und konfessioneller Bestimmungsfaktoren in dieser Entwicklung. War der Einfluss zwischen Katholizismus und Wohlfahrtsstaatlichkeit (vermittelt durch die Christdemokratie über die Mobilisierung der katholischen Arbeiterschaft) bereits länger bekannt,²⁹ so ist die Bedeutung des Protestantismus erst in neuerer Zeit in den Blick gerückt³⁰. Vor allem die Unterscheidung zwischen den lutherisch-staatskirchlichen und den reformiert-freikirchlichen Spielarten des Protestantismus kann (vor allem aufgrund der antietatistischen Tendenzen der letzteren) Differenzen zwischen Entwicklungen in Großbritannien, den Niederlanden oder der Schweiz erklären. Historische Forschung bestärkt ebenfalls das Argument hinsichtlich der Wichtigkeit religiös motivierter Überlegungen bei den Entscheidungen über die Einführung der Sozialversicherung in

²⁵ FRANZ URBAN PAPPI: Konstanz und Wandel der Hauptspannungslinien in der Bundesrepublik, in: Sozialer Wandel in Westeuropa, hg. von JOACHIM MATTHES, Frankfurt am Main 1979, S. 465–479, hier: 472.

²⁶ WOUTER VAN DER BRUG, SARA B. HOBOLT und CLAES H. DE VREESE: Religion and Party Choice in Europe, in: West European Politics 32 (2009), S. 1266–1283.

²⁷ Siehe dazu umfassend die Beiträge von FRANZ JOSEF STEGMANN und PETER LANGHORST: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, in: Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Ein Handbuch, hg. von HELGA GREBING, Essen 2000, S. 597–862 (für den Katholizismus), sowie TRAUGOTT JÄHNICHEN und NORBERT FRIEDRICH: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus, in: Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Ein Handbuch, hg. von HELGA GREBING, Essen 2000, S. 867–1103 (für den Protestantismus).

²⁸ Vgl. paradigmatisch GÖSTA ESPING-ANDERSEN: The three worlds of welfare capitalism, Cambridge 1990; die neuere Forschung zusammenfassend MANFRED G. SCHMIDT u. a. (Hgg.): Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich, Wiesbaden 2007; PHILIP MANOW: Religion und Sozialstaat: Die konfessionellen Grundlagen europäischer Wohlfahrtsstaatsregime, Frankfurt am Main u. a. 2008.

²⁹ Vgl. KEES VAN KERSBERGEN: Social capitalism. A study of Christian democracy and the welfare state, London 1995.

³⁰ MANOW: Religion und Sozialstaat, 2008.

Deutschland und weist deren Prägekraft nach.³¹ Neuere Untersuchungen, die theologische und historische mit soziologischen und politikwissenschaftlichen Perspektiven verbinden, haben diese Zusammenhänge auf der europäischen Ebene erforscht und bestätigt gefunden.³² Auch auf der Ebene der Wohlfahrtsverbände zeigen sich starke Einflüsse und Effekte.³³ Und schließlich vermag die neuere Forschung konfessionelle Unterschiede hinsichtlich der individuellen (wenn auch kontextgebundenen) Präferenzen für gesellschaftliche Umverteilung festzustellen.³⁴

Der Zusammenhang zwischen religiösem Glauben und *Unterstützung für Demokratie* ist in politikwissenschaftlichen Untersuchungen ebenfalls thematisiert worden. Den zunächst nur als Faktum existierenden empirisch auffälligen Zusammenhang zwischen Prägung durch christliche Religion (bei hohem Säkularisierungsgrad) einerseits und der Existenz stabil etablierter liberaler Demokratie andererseits hat Manfred G. Schmidt mit aus dem Christentum übernommenen Leitvorstellungen für die Ordnung des Zusammenlebens, insbesondere der gleichzeitigen Wertschätzung der Gemeinschaft und des Individuums, der Vorstellung der Gleichheit der Menschen (vor Gott) und der zentralen Rolle von Überzeugung und Diskussion zu erklären versucht,³⁵ unter Bezugnahme auf Maddox³⁶. Aus theologischer Sicht ist gegen politikwissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Zusammenhang sehr kritisch reagiert worden mit dem Vorwurf »naiv essentialistische[r] Sichtweisen des Christentums der Moderne«³⁷ sowie der Behauptung, die Demokratie werde in diesen Schriften als »christliches Projekt«³⁸ dargestellt. Ob Graf auch Schmidt in diesen Vorwurf einschließt, ist

³¹ PETER ERLI: Nachtwächterstaat oder Praktisches Christentum? Religiöse Kommunikation innerhalb der parlamentarischen Diskussion im deutschen Reichstag um die Einführung der Sozialversicherung 1881–1889, Gütersloh 2008; JASON JORDAN: Religious Belief, Religious Denomination, and Preferences for Redistribution. A Comparison across 13 Countries, in: West European Politics 37 (2014), S. 19–41.

³² BIRGIT FIX und ELISABETH FIX: Kirche und Wohlfahrtsstaat. Soziale Arbeit kirchlicher Wohlfahrtsorganisationen im westeuropäischen Vergleich, Freiburg im Breisgau 2005, und KARL GABRIEL u. a. (Hgg.): Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Europa. Konstellationen – Kulturen – Konflikte, Tübingen 2013.

³³ TOBIAS JAKOBI: Konfessionelle Mitbestimmungspolitik. Arbeitsbeziehungen bei Caritas und Diakonie am Beispiel des Krankenhaussektors, Berlin 2007; TRAUGOTT JÄHNICHEN: Caritas und Diakonie im goldenen Zeitalter des bundesdeutschen Sozialstaats. Transformationen der konfessionellen Wohlfahrtsverbände in den 1960er Jahren, Stuttgart 2010.

³⁴ JORDAN: Religious Belief, Religious Denomination, and Preferences for Redistribution, 2014.

³⁵ MANFRED G. SCHMIDT: Demokratietheorien. Eine Einführung, Wiesbaden 2008, S. 422 f.

³⁶ MADDOX: Religion and the rise of democracy, 1996.

³⁷ FRIEDRICH WILHELM GRAF: Theologische Aufklärung. Abschiedsvorlesung am 28. Januar in der Großen Aula der LMU, URL: http://www.st.evtheol.uni-muenchen.de/aktuelles/abvl/abschiedsvorlesung_fwg.pdf, S. 17.

³⁸ Ebd.

mangels Nachweisen bei Graf nicht klar.³⁹ Deutlich ist jedenfalls, dass gerade angesichts der (auch von Graf angeführten) langwährenden Distanz beider christlichen Kirchen zu zentralen Elementen liberaler Demokratie Fragen nach eventuellen Kausalketten detaillierterer Bestimmung bedürfen. Dies dürfte allerdings eher durch kontextsensible, konfigurative Fallstudien (etwa in der Tradition von Stein Rokkan⁴⁰) als durch hauptsächlich quantitativ vorgehende Forschung zu erreichen sein. Dennoch müssen Theologen es ertragen, dass Vertreter anderer Fächer sich des Christentums als Forschungsgegenstand annehmen, mögen ihnen auch bei Forschungsfragen wie »Did Protestantism Create Democracy?«⁴¹ die Haare zu Berge stehen.⁴² Weitere Forschung ist hier auf jeden Fall erforderlich. Untersuchungen, die auf Individualdaten aus dem *World Values Survey* basieren, deuten nämlich darauf hin, dass es nicht der religiöse Glaube direkt ist, der die Haltung gegenüber der Demokratie bestimmt, sondern die durch ihn vermittelten Werte und Verhaltensweisen.⁴³ Klar ist jedenfalls, dass bereits die *Mitgliedschaft* in religiösen Gemeinschaften positiv zusammenhängt mit Indikatoren zivilgesellschaftlichen Engagements wie sozialen Einstellungen und politischer Partizipation.⁴⁴

Schließlich ist das *Verhältnis zwischen Staat und Kirchen* Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung gewesen. Dabei ist der Fokus hauptsächlich auf die organisatorische Form gerichtet. Neben einer instruktiven Darstellung der Geschichte dieses Verhältnisses von der Antike bis zur Gegenwart⁴⁵ sind hier die (zumeist vergleichend vorgehenden) Studien von Minkenberg⁴⁶ und Monsma

³⁹ Graf schließt mit Karsten Fischer und Hans Vorländer lediglich zwei Fachkollegen (zudem beide Vertreter des Bereichs Politische Theorie) explizit von seinen Vorwürfen aus; die Vermutung liegt daher nahe.

⁴⁰ Vgl. STEIN ROKKAN und PETER FLORA: Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken, Frankfurt am Main 2000.

⁴¹ STEVE BRUCE: Did protestantism create democracy?, in: Special issue. Religion, democracy and democratization, hg. von JOHN ANDERSON, Abingdon 2004, S. 3–20.

⁴² Erleichterung setzt dann wahrscheinlich ein, wenn als Ergebnis der Einfluss auf die Entstehung politischer Gemeinschaften und bürgerlicher Freiheitsrechte beschränkt wird und im Übrigen die meisten Kausalverbindungen in das Reich nicht-intendierter Konsequenzen verwiesen werden (a.a.O., S. 19).

⁴³ PAZIT BEN-NUN BLOOM und GIZEM ARIKAN: Religion and Support for Democracy. A Cross-National Test of the Mediating Mechanisms, in: British Journal of Political Science (2012), S. 1–4; PAZIT BEN-NUN BLOOM und GIZEM ARIKAN: A Two-edged Sword. The Differential Effect of Religious Belief and Religious Social Context on Attitudes towards Democracy, in: Political Behavior 34 (2012), S. 249–276.

⁴⁴ PIPPA NORRIS und RONALD INGLEHART: Sacred and secular. Religion and politics worldwide, Cambridge 2007, S. 227. Auch diese Untersuchungen basieren auf einer Auswertung des *World Values Survey*.

⁴⁵ REINHOLD ZIPPELIUS: Staat und Kirche. Eine Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Tübingen 2009.

⁴⁶ MICHAEL MINKENBERG: Staat und Kirche in westlichen Demokratien, in: Politik und Religion, hg. von DEMS und ULRICH WILLEMS, Opladen / Wiesbaden 2003, S. 115–138.

und Soper⁴⁷ zu nennen. Sie machen deutlich, dass noch keineswegs Klarheit herrscht hinsichtlich der relevanten Unterscheidungsmerkmale, und dass eine generelle Typologie weiter ein Forschungsdesideratum ist. Überblicksdaten, wie sie Fox⁴⁸ für 175 Staaten gesammelt hat, können dazu wahrscheinlich einen Beitrag leisten. Was das Staat-Kirche-Verhältnis auf der Ebene einzelner Staaten betrifft, so hatte Peter Katzenstein für die Bundesrepublik eine »privilegierte Position«⁴⁹ der Kirchen festgestellt. Aus solchen allgemeinen Aussagen ergibt sich freilich noch keine Kenntnis über den Einfluss in konkreten Einzelfällen. Hier ist eine Lücke zu diagnostizieren, zu der die Forschungen im Kontext der DFG-Forschergruppe »Der Protestantismus in den ethischen Debatten der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989« in politikwissenschaftlicher Hinsicht beitragen sollen.⁵⁰

Parteien als Wirkungskanal für den Protestantismus

Die christlichen Kirchen sind wichtige Akteure und einflussreich in zumindest einigen Bereichen der bundesdeutschen Politik – wie im vorherigen Abschnitt am Beispiel des Sozialstaates dargelegt, anhand von Studien aber auch etwa für die Schulpolitik belegbar.⁵¹ Doch eine allein auf Kirchen als Interessengruppen beschränkte Analyse liefe Gefahr, zu kurz zu greifen. Wie im einleitenden Beitrag dieses Bandes ausgeführt wird, setzt der Ansatz der DFG-Forschergruppe »Der Protestantismus in den ethischen Debatten der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989« mit guten Gründen breiter an, nämlich auf der Ebene des Protestantismus. Bisher ist der Versuch des (sich im Lauf der Zeit erheblich politisierenden und auf Partizipation drängenden) bundesdeutschen Protestantismus, durch Mitwirkung politisch Einfluss zu nehmen, vor allem von Zeit-

⁴⁷ STEPHEN V. MONSMA und J. CHRISTOPHER SOPER: *The challenge of pluralism. Church and state in five democracies*, Lanham 1997.

⁴⁸ JONATHAN FOX: *A world survey of religion and the state*, Cambridge 2008.

⁴⁹ PETER J. KATZENSTEIN: *Policy and politics in West Germany. The growth of a semisovereign state*, Philadelphia 1987, S. 75.

⁵⁰ Im Hinblick auf den Einfluss von katholischer Seite gibt es bereits Untersuchungen. Hier ist für die Bundesrepublik auf JOHANNES KEPPELER: *Kirchlicher Lobbyismus? Die Einflussnahme der katholischen Kirche auf den deutschen Staat seit 1949*, Marburg 2007, zu verweisen, für Europa auf CAROLYN M. WARNER: *Confessions of an interest group. The Catholic Church and political parties in Europe*, Princeton 2000. Im Hinblick auf den Protestantismus gibt es für die Zeit der Weimarer Republik die Studie von HERBERT CHRIST: *Der politische Protestantismus in der Weimarer Republik. Eine Studie über die politische Meinungsbildung durch die evangelischen Kirchen im Spiegel der Literatur und der Presse*. Diss. masch., Bonn 1966, die freilich nicht heutigen Standards politikwissenschaftlicher Analyse entspricht.

⁵¹ KAI OLIVER THIELKING: *Die Kirche als politischer Akteur. Kirchlicher Einfluss auf die Schul- und Bildungspolitik in Deutschland*, Baden-Baden 2005. Siehe auch bereits THOMAS ELLWEIN: *Klerikalismus in der deutschen Politik*, München 1955.

geschichtlern, Theologen und Kirchenhistorikern aufgearbeitet worden.⁵² Aus Sicht des Faches Politikwissenschaft können diese Perspektiven ergänzt werden durch einen Blick auf das politische System der Bundesrepublik Deutschland, der die Zugangskanäle grundsätzlich abbildet und dann eine dem Thema entsprechende Auswahl unter diesen trifft.

Ein solcher Blick kann Bezug nehmen auf den Ansatz strukturfunktionalistischer Analyse politischer Systeme, der die Gesamtheit politischer Institutionen und Prozesse in den Blick nimmt, diese in ihrem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeld situiert und inklusive aller Wechselwirkungen die Frage betrachtet, wie die »autoritative Allokation von Werten«⁵³ stattfindet.⁵⁴ Durch einen solchen abstrakten Zugang werden zum einen politische Systeme generell miteinander vergleichbar; zum anderen (und das ist im hier vorliegenden Zusammenhang wichtig) wird es möglich, alle prinzipiell existierenden Zugänge zum politischen Entscheidungsprozess zu benennen. In Abbildung 1 ist ein einfaches Modell eines solchen Systems abgebildet. Es zeigt ein nationales System (z. B. die Bundesrepublik Deutschland), das seinerseits mit anderen Ländern und der internationalen Politik interagiert und ein politisches System beinhaltet – den Teil, der die verbindlichen Entscheidungen trifft.

⁵² U. a. SIEGFRIED HERMLE, CLAUDIA LEPP und HARRY OELKE (Hgg.): *Umbrüche. Der deutsche Protestantismus und die sozialen Bewegungen in den 1960er und 70er Jahren*, Göttingen 2007; KLAUS FITSCHEN u. a. (Hgg.): *Die Politisierung des Protestantismus. Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland während der 1960er und 70er Jahre*, Göttingen 2011; RAINER HERING: *Die Kirchen als Schlüssel zur politischen Macht? Katholizismus, Protestantismus und Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 51 (2011), S. 237–266; MARTIN GRESCHAT: *Der Protestantismus in der Bundesrepublik Deutschland (1945–2005)*, Leipzig 2011.

⁵³ DAVID EASTON: *A systems analysis of political life*, New York 1965.

⁵⁴ Ebd.; GABRIEL A. ALMOND, G. BINGHAM, JR. POWELL und ROBERT J. MUNDT: *Comparative politics. A theoretical framework*, New York 1993; GABRIEL A. ALMOND u. a.: *Comparative politics today. A world view Updated*, New York 1990.

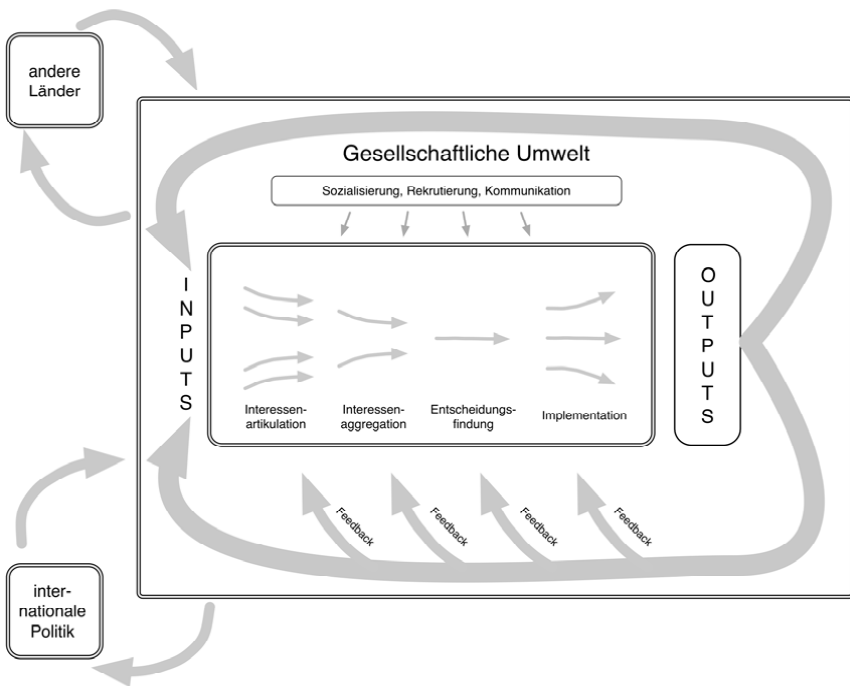


Abb. 1: Systemdarstellung des politischen Systems, Abbildung Andreas Busch.

Dieses politische System ist eingebettet in eine gesellschaftliche Umwelt, die über verschiedene Mechanismen wie Sozialisierung, Rekrutierung und Kommunikation auf es einwirkt. Die von der gesellschaftlichen Umwelt ausgehenden Forderungen werden vom politischen System als *inputs* aufgenommen und bearbeitet. Im Prozess der *Interessenartikulation* werden diese Forderungen durch Interessengruppen und Individuen formuliert; im Prozess der *Interessenaggregation* werden sie zu konkreteren Vorschlägen zusammengefasst, was zumeist vor allem durch Verbände und Parteien geschieht. Im Prozess der *Entscheidungsfindung* wird schließlich durch die politischen Entscheidungsorgane (also konkret in der Bundesrepublik: durch die Parteien in Bundestag und Bundesrat in Zusammenarbeit mit der durch sie getragenen Regierung) eine Auswahl zwischen den verschiedenen existierenden Vorschlägen getroffen und im Prozess der *Implementation* – zumeist durch Rechtsakte der staatlichen Verwaltung – in *outputs* für die Gesellschaft umgesetzt. Deren Verarbeitung durch die Gesellschaft führt zu Rückkopplungen an die verschiedenen Instanzen des politischen Systems, das darauf gegebenenfalls mit einer Anpassung der Entscheidung reagiert.

Parteien kommt in diesem System eine Schlüsselrolle zu, und Einfluss auf politische Entscheidungen muss letztlich über sie geschehen. Fragt man nach dem Einfluss des bundesdeutschen Protestantismus auf konkrete politische Entschei-

dungen, so muss man folglich danach fragen, wie dieser Parteien als Wirkungskanal nutzt, um Anliegen in das politische System einzuspeisen und Entscheidungen in seinem Sinne zu beeinflussen.⁵⁵ Im Sinne des politischen Systemansatzes wird bei einem solchen Vorgehen der Schwerpunkt der Analyse auf die *input*-Seite des politischen Systems gelegt.

Fokussiert man auf Parteien, dann stellt sich natürlich die Frage, weshalb diese an Beeinflussung durch den Protestantismus interessiert sein sollen; schließlich sind Parteien doch Vereinigungen mit einer bestimmten ideologischen Position, die zu allererst an der Durchsetzung ihrer *eigenen* inhaltlichen Auffassungen interessiert sind. Diese (in der Fachsprache *policy pursuit* genannte) Motivation für das Agieren von Parteien hängt in ihrer Umsetzung jedoch zumeist von einer Beteiligung an der Regierung ab, weshalb Parteien eben auch noch danach streben, bei Wahlen erfolgreich zu sein und als deren Folge entweder alleine oder in Koalitionen an die Regierung zu kommen (*office seeking*).⁵⁶ Bei diesem Streben kann die Kooperation mit (zumal großen) Gruppen aus der Wählerschaft für Parteien also von erheblichem Interesse sein.

Das Verhältnis zwischen einer Religionsgemeinschaft wie dem Protestantismus einerseits und einer Partei andererseits kann demzufolge als Tauschbeziehung konzeptualisiert werden. Während die Religionsgemeinschaft an Einfluss auf die politischen Entscheidungen hinsichtlich der von ihr verfolgten Ziele interessiert ist, sind die Parteien an Kooperation interessiert, weil die Mitglieder der Religionsgemeinschaft natürlich auch Wahlbürger sind. Wie bereits oben angeführt, sind Religionszugehörigkeit bzw. Konfessionalität zwar traditionell wichtige Bestimmungsfaktoren für das Wahlverhalten, doch sind diese Bindungsfaktoren bei weitem nicht perfekt bzw. tendenziell in ihrer Stärke abnehmend. Für Parteien besteht daher die Hoffnung, durch das Eingehen auf Forderungen aus diesem Bereich potentiell ihre Wählerschaft zu erhöhen. Deshalb ist anzunehmen, dass die Perspektive eines potentiellen Tauschs von Einfluss gegen Wählerstimmen ein wichtiges Motiv für die Beziehung und Kommunikation zwischen Parteien und Protestantismus ist. Inwiefern diese Annahme sich konkret in der bundesrepublikanischen Politik bestätigen lässt, ist ein zentrales Untersuchungsziel der hier skizzierten Forschungsarbeiten.

Prinzipiell sind für solche Untersuchungen alle im Bundestag vertretenen Parteien von Interesse, allerdings umso mehr, je stärker sie Einfluss auf die Regie-

⁵⁵ Natürlich heißt das nicht, dass Einflussversuche *nur* über Parteien stattfinden können. Sie können ebenso etwa durch direktes Handeln (etwa Petitionen oder Demonstrationen), durch Einflussnahme auf wichtige Verbände und Interessengruppen oder durch öffentliche Appelle geschehen – mithin indirekt. Zu Änderungen im politischen Entscheidungsprozess aber werden solche Versuche nur insoweit führen, als sie das politische Kalkül und Verhalten von Parteien verändern, die an diesem Entscheidungsprozess beteiligt sind.

⁵⁶ IAN BUDGE und MICHAEL LAVER: Office Seeking and Policy Pursuit in Coalition Theory, in: Legislative Studies Quarterly 11 (1986), S. 485–506.

rung gehabt haben. Unterschiedliche Kontraste lassen sich aus verschiedenen Vergleichsperspektiven dieser Parteien ziehen:

- So können zum einen die großen (und *per se* einflussreicheren) »Volksparteien« miteinander verglichen werden, zum anderen die kleineren Parteien, die (oft als notwendige Koalitionspartner) eventuell sich einen überproportionalen Einfluss auf das Regierungsgeschehen zu verschaffen vermochten; und diese beiden Gruppen (die »großen« und die »kleinen« Parteien) können dann wiederum miteinander verglichen werden hinsichtlich eventuell unterschiedlicher Beeinflussungsstrategien durch den Protestantismus bzw. unterschiedlicher Offenheit für solche Bemühungen.
- Als weitere untersuchungsleitende Perspektive bietet sich die Unterscheidung nach ideologischem Erbe an. Hier können aus dem bürgerlichen Lager stammende Parteien mit jenen aus sozialistischer Tradition kontrastiert werden. Dabei ist im ersten Lager vermutlich einer Unterscheidung hinsichtlich des klassisch kirchenfernen Erbes des Liberalismus nachzuspüren, während andere Teile des politischen Bürgertums zum Teil über eine erhebliche Kirchennähe verfügten, die auch in der Zeit der Bundesrepublik eventuell noch Spuren hinterlassen hat.
- Schließlich sind die Vergleiche auch entlang des Zeitstrahls über den Verlauf der Bundesrepublik vorzunehmen; denn die bereits erwähnten Prozesse der Modernisierung und (umstrittenener) Säkularisierung haben zu einer Abnahme des konfessionellen Konflikts geführt, der zu Beginn der Bundesrepublik noch erhebliche Relevanz hatte. Ob und inwieweit sich in welchen Parteien dadurch Umgewichtungen innerparteilicher Spannungslinien bzw. Kräfteverhältnisse ergeben haben, ist sicher eine interessante Forschungsfrage, ebenso wie die Frage nach dem Auftauchen neuer Konfliktlinien (bereits kurz angesprochen: Kirchegebundene vs. Säkulare) oder die Behandlung der Fragen nach der Trennung von Kirche und Staat.

Am Beispiel der beiden großen Parteifamilien bzw. Parteien, die die Politik in der Bundesrepublik bisher dominiert haben⁵⁷ – also CDU/CSU und SPD – soll im folgenden kurz illustriert werden, in wiefern sich Parteien hinsichtlich der oben angesprochenen Aspekte unterscheiden und welche aus politikwissenschaftlicher Perspektive interessanten Erkenntnisse aus genauerer Untersuchung im Rahmen der hier skizzierten Forschungsperspektive zu erwarten sind.

⁵⁷ Hinsichtlich der reinen Länge der Regierungsbeteiligung schlägt die FDP (33 Jahre) im zunächst ins Auge gefassten Untersuchungszeitraum (bis zur Vereinigung) sowohl CDU/CSU (27 Jahre) wie auch SPD (16 Jahre). Als »Juniorpartner« hatte sie jedoch sicher (gemessen etwa an der Zahl der Kabinettsitze) jeweils geringeren Einfluss als die den Bundeskanzler (mit Richtlinienkompetenz) stellende Partei.

Denn beide Parteien⁵⁸ zeigen jeweils spezifische Charakteristika, die sie mit dem Protestantismus verbinden.

Für die CDU (und in Maßen auch die CSU) ist charakteristisch der erstmalige Zusammenschluß beider Konfessionen in einer Partei des bürgerlichen Lagers («Union»)⁵⁹. Die nach dem Zweiten Weltkrieg europaweit entstehende Parteienfamilie der Christdemokratie⁶⁰ hatte zwar starke Verbindungen zum Katholizismus (und in der Bundesrepublik zu der früheren, katholisch dominierten Zentrums-Partei), doch war einerseits die interkonfessionelle Kooperation mit dem Protestantismus Programm, zum anderen spielte der katholische Klerus in der Parteiführung (im Gegensatz zur Zentrums-Partei) keine Rolle. Dennoch dominierte – nicht zuletzt aufgrund der Verteilung der Konfessionen auf dem Gebiet der neuen Bundesrepublik – die katholische Mitgliedschaft die protestantische zahlenmäßig und (besonders in der langen Adenauer-Zeit) auch politisch. Ab den 1960er Jahren führten Säkularisierung und Schwächung der kirchlichen Milieus dann zu Diskussionen über die christlichen Grundlagen – das »hohe C« – in der Union. Insbesondere in den 1970er Jahren verschob dann der starke Zuwachs an Mitgliedern nach dem Verlust der Regierungsbeteiligung 1969⁶¹ die traditionellen Gewichte in der Partei. Ob dies zu einer Erhöhung des Einflusses protestantischer Elemente geführt hat, wird genauer zu untersuchen sein. Mit dem »Evangelischen Arbeitskreis«⁶² gab es ja bereits seit 1952 eine innerparteiliche Gruppierung, die sich die Vertretung dieser Interessen zum Ziel gemacht hatte. Inwieweit diese einflussreich und damit erfolgreich war, bleibt Gegenstand genauerer Untersuchung ebenso wie die Frage, in welchen Politikfeldern dieser eventuelle Einfluss sich ausgewirkt hat. Falls nur eine geringe Wirksamkeit des EAK zu konstatieren ist, stellt sich die Frage, welche anderen Zugänge zur christdemokratischen Parteiführung der Protestantismus hatte und nutzte.

Die SPD stand im Gegensatz zur Neugründung Union in der Tradition der Sozialdemokratie, die (basierend auf der Marx'schen Lehre und der Feuerbach'schen Religionskritik) in erheblichen Teilen eine atheistische, jedenfalls

⁵⁸ Aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung werden im Folgenden CDU und CSU weitgehend als »Union« bezeichnet. Das soll nicht in Abrede stellen, dass es sich dezidiert um zwei voneinander unabhängige, wenn auch vielfältig eng verbundene Parteien handelt. Die Fraktionsgemeinschaft im Bundestag und der Fokus in diesem Teilprojekt auf Einfluss auf der Bundesebene rechtfertigen dies zusätzlich.

⁵⁹ UTE SCHMIDT: Die Christlich Demokratische Union Deutschlands, in: Parteien-Handbuch, hg. von RICHARD STÖSS, Opladen 1984, S. 490–660.

⁶⁰ Vgl. als Überblick STATHIS N. KALYVAS: The rise of Christian Democracy in Europe, Ithaca (New York) 1996, und TIMOTHEOS FREY: Die Christdemokratie in Westeuropa. Der schmale Grat zum Erfolg, Baden-Baden 2009.

⁶¹ Die Mitgliedschaft der CDU verdoppelte sich zwischen 1969 und 1976, vgl. SCHMIDT: Christlich Demokratische Union Deutschlands, 1984, S. 643.

⁶² PETER EGEN: Die Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Diss. masch., Bochum 1971, und SCHMIDT: Christlich Demokratische Union Deutschlands, 1984, S. 622.

Kirchen gegenüber sehr skeptisch war. Trotz Gemeinsamkeiten in Bezug auf das Interesse an sozialen Fragen⁶³ überwog lange die aus dem Kaiserreich – mit seiner Allianz von Thron und Altar – stammende Bebel'sche Formel »Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser«⁶⁴. Doch die Suche nach dem Wahlerfolg führte die SPD ab Mitte der 1950er Jahre zu einer programmatischen Umorientierung weg von der Klassenpartei, was auch eine Öffnung hin zu den Kirchen und Glaubensgemeinschaften beinhaltete. Das »Godesberger Programm« von 1959 sprach sogar von »Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Sinne einer freien Partnerschaft«⁶⁵, auch wenn dies innerparteilich umstritten war. Obwohl mit dem Übertritt der *Gesamtdeutschen Volkspartei* (GVP) eine ganze Reihe von engagierten Protestanten (wie Gustav Heinemann, Erhard Eppler, Johannes Rau und Jürgen Schmude) in die SPD kamen und die Partei nach Einschätzung einiger Parteienforscher »zum Ende der achtziger Jahre eine stark protestantische Partei geworden«⁶⁶ war, gibt es zum Verhältnis von SPD und Protestantismus (mit Ausnahme der allerdings nur die Jahre 1945 bis 1950 untersuchenden Arbeit von Möller⁶⁷) keine umfassende Aufarbeitung.⁶⁸ Hier ist vertiefende Arbeit demnach dringend notwendig, die zum Verständnis darüber beitragen soll, inwieweit der Wandel von der Klassen- zur modernen Volkspartei ebenso wie die Öffnung der SPD für die sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre Einflusskanäle für den Protestantismus geöffnet haben und inwieweit diese genutzt wurden.

Die hier nur kursorisch angesprochenen Wandlungen der beiden großen bundesdeutschen Parteien können natürlich entsprechend für Parteien wie FDP, Grüne und PDS/Linke nachgezeichnet werden. Sie finden vor dem Hinter-

⁶³ Vgl. die Beiträge in: GREBING: Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland, 2000.

⁶⁴ Vgl. AUGUST BEBEL und WILHELM HOHOFF: Christentum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik. Separatabdruck aus dem Volksstaat von 1873/74, in: Sozialdemokratische Bibliothek (unveränd. fotomechan. Nachdr. der Ausgabe Hottingen-Zürich 1885/87), Leipzig 1971, S. 16.

⁶⁵ DIETER DOWE und KURT KLOTZBACH (Hgg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. Mit den aktuellen Programmentwürfen im Anhang, Bonn 42004, S. 339.

⁶⁶ PETER LÖSCHE und FRANZ WALTER: Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992, S. 336.

⁶⁷ MARTIN MÖLLER: Evangelische Kirche und Sozialdemokratische Partei in den Jahren 1945–1950. Grundlagen der Verständigung und Beginn des Dialogs, Göttingen 1984.

⁶⁸ Zum Verhältnis von SPD und Katholizismus gibt es hingegen HERMANN TALLER: Die Auseinandersetzung über § 218 StGB. Zu einem Konflikt zwischen der SPD und der Katholischen Kirche, München 1977; THOMAS BREHM: SPD und Katholizismus 1957 bis 1966. Jahre der Annäherung, Frankfurt am Main 1989; STEFAN UMMENHOFER: Hin zum Schreiten Seit' an Seit'? SPD und katholische Kirche seit 1957, Berlin 2000.

grund eines sich im Lauf der Jahrzehnte wandelnden Parteiensystems statt.⁶⁹ Bei diesem Wandel standen über die Dauer der alten Bundesrepublik (also bis 1990) zum einen die Konzentration der Zahl der politisch relevanten Parteien, zum anderen (v. a. bei SPD und Union) ein inhaltlicher Wandel hin zu einer »Volkspartei«, auch bezeichnet als »demokratische Massenlegitimationspartei«⁷⁰ bzw. »Allerweltpartei«⁷¹, im Vordergrund. Ohne auf die Diskussionen und Bewertungen dieses Wandels weiter einzugehen kann festgehalten werden, dass mit diesen Wandlungen (die zumeist Öffnungen aus elektoralen Erwägungen zum Gegenstand hatten) Änderungen des Zugangs zu Parteien für Kräfte wie den Protestantismus verbunden waren, die es näher zu untersuchen gilt. So kann etwa die oben angesprochene Schwächung der Wählerbindung an die Parteien über neue Wege (etwa Änderungen in der Binnenorganisationen wie das Entstehen innerparteilicher Arbeitskreise oder deren Machtzuwachs oder -abnahme) möglicherweise zu neuen Einflusskanälen führen. Damit ist allerdings nicht notwendig die Prognose eines insgesamt zunehmenden Einflusses verbunden, denn gleichzeitig kommt es zum einen zu einem Verlust an Privilegierung beim Zugang zum Entscheidungszentrum des politischen Systems (den zumindest die organisierten Kirchen hatten), zum anderen nimmt durch Rückgang von Mitgliederzahlen und Kirchenbindung die Attraktivität des Protestantismus als »Tauschpartner« für die Parteien ab.

Was den methodischen Zugriff angeht, so erscheinen für die hier angesprochenen Themen vor allem zwei Wege vielversprechend, nämlich zum einen der Fokus auf die Details der Parteiorganisationen, zum anderen der auf Überschneidungen bzw. Kontakte zwischen Repräsentanten der Parteieliten und Vertretern des Protestantismus. Das soll im folgenden kurz ausgeführt werden.

Parteien, insbesondere solche vom Typ Volkspartei, streben zwar in ihrer Außendarstellung nach Einheitlichkeit, sind aber im Inneren hoch komplexe Organisationen mit vielfältigen, oft miteinander im Wettstreit stehenden Untereinheiten. Ein Blick auf die bereits weiter oben verwendeten Beispiele SPD und Union kann das illustrieren. So ist die SPD bereits als »lose verkoppelte Anarchie«⁷² verschiedener innerparteilicher Interessengruppen analysiert worden;

⁶⁹ THOMAS POGUNTKE: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Von Krise zu Krise?, in: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, hg. von THOMAS ELLWEIN und EVERHARD HOLTMANN, Opladen 1999, S. 429–439; RICHARD STÖSS: Mehr Kontinuität als Wandel. Das Parteiensystem vor und nach der deutschen Vereinigung, in: Von der Bonner zur Berliner Republik, hg. von ROLAND CZADA und HELMUT WOLLMANN, Wiesbaden 2000, S. 308–327; OTTO KIRCHHEIMER: Wandlungen der politischen Opposition, in: DERS.: Politik und Verfassung, Frankfurt am Main 1981, S. 123–150.

⁷⁰ RICHARD STÖSS (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Opladen 1984.

⁷¹ OTTO KIRCHHEIMER: Wandlungen der politischen Opposition, in: DERS.: Politik und Verfassung, Frankfurt am Main 1981, S. 123–150.

⁷² LÖSCHE: Die SPD, 1992.

auch bei der CDU finden sich erhebliche (eher landsmannschaftliche – aber damit auch konfessionelle –) Differenzierungen in der Binnenstruktur der Partei.⁷³ Zu untersuchen sind daher in Bezug auf den Einfluss des Protestantismus die Existenz von Gesprächskreisen, Arbeitskreisen etc. vor allem auf lokaler und regionaler Ebene sowie deren Analyse nach organisatorischen Merkmalen (z. B. Regelung der Mitgliedschaft; Antragsrechte zu Beschlussorganen wie Parteitag etc.) und Wirkungen (etwa Publikationen, Anträge zu Parteitag etc.). Dabei können neben der Auswertung der politikwissenschaftlichen Literatur zu Parteien und Parteiensystem sowie von Archivbeständen und Parteiprotokollen hier auch Interviews mit relevanten Akteuren und ggfs. Zeitzeugen zum Einsatz kommen.

Politische Entscheidungen und Einfluss auf diese sind letztlich immer an das Handeln konkreter Individuen gebunden, und so soll eine Untersuchung sowohl protestantisch geprägter Politiker in Union (z. B. Hermann Ehlers, Gerhard Schröder, Eugen Gerstenmaier, Gustav Heinemann) und SPD (ebenfalls Gustav Heinemann und die oben erwähnte »GVP-Kohorte«, daneben aber auch Personen wie Heinrich Albertz, Herbert Wehner⁷⁴ oder Helmut Schmidt⁷⁵) neben eine Auswertung der politischen Kontakte ausgewählter Repräsentanten des Protestantismus treten. Neben der Berücksichtigung bereits existierender biografischer Skizzen⁷⁶ sowie der entsprechenden politikwissenschaftlichen und zeitgeschichtlichen Literatur⁷⁷ kann hier auch auf Biografien⁷⁸, gesammelte Wer-

⁷³ JOSEF SCHMID: Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus, Opladen 1990.

⁷⁴ Vgl. HERBERT WEHNER: Christentum und demokratischer Sozialismus. Beiträge zu einer unbequemen Partnerschaft, Freiburg im Breisgau 1986.

⁷⁵ Vgl. RAINER HERING: »Aber ich brauche die Gebote ...« Helmut Schmidt, die Kirchen und die Religion, Bremen 2012.

⁷⁶ GÜNTER BRAKELMANN, NORBERT FRIEDRICH und TRAUOGOTT JÄHNICHEN (Hg.): Protestanten in öffentlicher Verantwortung. Biographische Skizzen aus der Anfangszeit der Bundesrepublik, Waltrop 2005; HERBERT WEHNER: Christentum und demokratischer Sozialismus. Beiträge zu einer unbequemen Partnerschaft, Freiburg im Breisgau 1986; HERING: »Aber ich brauche die Gebote ...« Helmut Schmidt, die Kirchen und die Religion, 2012.

⁷⁷ Hier aus Gründen der Übersichtlichkeit dargestellt am Beispiel Gustav Heinemanns. Z. B. KARL-LUDWIG SOMMER: Gustav Heinemann und die SPD in den sechziger Jahren. Die Entwicklung politischer Zielsetzungen in der SPD in den Jahren 1960 bis 1969. Dargestellt am Beispiel der politischen Vorstellungen Gustav Heinemanns, München 1980.

⁷⁸ Z. B. JÖRG TREFFKE: Gustav Heinemann. Wanderer zwischen den Parteien. Eine politische Biographie, Paderborn 2009; THOMAS FLEMMING: Gustav W. Heinemann. Ein deutscher Citoyen. Biographie, Essen 2014.

ke⁷⁹ sowie die systematische Auswertung von Datenhandbüchern⁸⁰ und Parlamentsstatistiken⁸¹ zurückgegriffen werden.

Ausblick

Bisher ist in diesem Kapitel (in Übereinstimmung mit dem Fokus der in diesem Band vorgestellten Forschungsperspektive) der Blick ausschließlich auf die Bundesrepublik gerichtet worden. Doch sind die weiter oben angesprochenen Defizite im Hinblick auf die politikwissenschaftliche Erforschung des Verhältnisses von Religion und Politik sowie insbesondere des Verhältnisses von (protestantischen) Kirchen und Politik nicht auf die Bundesrepublik beschränkt.

Eine Ausweitung des hier skizzierten Ansatzes kann daher für zukünftige Forschung von erheblichem Interesse sein. Dabei bieten sich die etablierten liberalen Demokratien⁸² an – eine Gruppe von Staaten, die der Bundesrepublik strukturell sehr ähnlich sind und bei denen man davon ausgehen kann, dass die in ihnen ablaufenden politischen Prozesse und Dynamiken relativ ähnlich sind sowie ihre Akteure auf vergleichbare Anreize reagieren.⁸³ Gerade weil bei Untersuchungen aus dem Bereich des Verhältnisses von Kirche und Staat immer

⁷⁹ Z. B. GUSTAV W. HEINEMANN: Glaubensfreiheit – Bürgerfreiheit. Reden und Aufsätze zu Kirche, Staat, Gesellschaft 1945–1975, Frankfurt am Main 1976.

⁸⁰ Etwa MARIE-LUISE RECKER und KLAUS TENFELDE (Hgg.): Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Teil I. Abgeordnete in Bund und Ländern. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1946–1990, Düsseldorf 2002; MARIE-LUISE RECKER und KLAUS TENFELDE (Hgg.): Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Teil II. CDU und CSU. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990, Düsseldorf 2005; MARIE-LUISE RECKER und KLAUS TENFELDE (Hgg.): Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Teil IV. SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie DIE GRÜNEN. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990, Düsseldorf 2005; MARIE-LUISE RECKER, KLAUS TENFELDE und OLIVER GNAD (Hgg.): Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Teil III. FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990, Düsseldorf 2005.

⁸¹ PETER SCHINDLER (Hg.): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, Baden-Baden 31999.

⁸² Darunter werden hier die gut 20 seit längerem kontinuierlich demokratisch regierten Demokratien des OECD-Raums (Nordamerika, Westeuropa, Japan, Australien und Neuseeland) verstanden. Dies ist in der vergleichenden Politikwissenschaft gängige Praxis (vgl. etwa FRANCIS G. CASTLES: Comparative public policy. Patterns of post-war transformation, Cheltenham 1998; MINKENBERG: Staat und Kirche in westlichen Demokratien, 2003.)

⁸³ ADAM PRZEWORSKI und HENRY TEUNE: The logic of comparative social inquiry, New York 1970.

wieder auf die Wichtigkeit von Kontextvariablen hingewiesen wird⁸⁴, eröffnet ein solcher Ansatz die Möglichkeit, länderspezifische Erklärungsvariablen für bestimmte Sachverhalte von allgemeinen Erklärungsvariablen zu unterscheiden. Eine solche Ausweitung des Blicks ist zudem auch im Hinblick auf das die Bundesrepublik betreffende Erkenntnisinteresse von großem Nutzen, erlaubt ein Vergleich und eine Kontrastierung des bundesdeutschen Falls mit anderen doch gewissermaßen eine Kalibrierung der in diesem Land gewonnenen Erkenntnisse hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit und Verallgemeinerbarkeit für das Universum der liberalen Demokratien. Ob die Bundesrepublik also in dieser Hinsicht eher typisch ist oder eher ein Sonderfall – was ja eventuell mit den historischen Erfahrungen des Protestantismus im und mit dem deutschen Staat zusammenhängen könnte –, das lässt sich durch eine solche komparative Perspektive sehr viel eindeutiger konstatieren.

Ein weiterer Grund, der für die Einbeziehung einer solchen vergleichenden Perspektive spricht, besteht darin, dass die Bedeutung von Religion und Kirchen sich in modernen Gesellschaften anders entwickelt hat als das in den Sozialwissenschaften vor dem Hintergrund der Säkularisierungstheorie lange erwartet worden war. Das Bewusstsein, dass wir es mit einer »Deprivatisierung der Religion«⁸⁵ in der gegenwärtigen Welt zu tun haben, wächst und führt die Dringlichkeit vor Augen, das Verhältnis von Religion und Politik besser zu verstehen. Mit anderen Worten: der Zusammenhang von Religion und Politik hat in der Gegenwart einen »drastischen Bedeutungsgewinn«⁸⁶ erfahren, und es tut daher not, diese Zusammenhänge besser zu verstehen. Der britische Politologe Jeffery Haynes hat es so formuliert: »[T]hose who neglect religion in their analyses of contemporary and comparative politics do so at their peril.«⁸⁷

Kirchen sind auf vielfältige Weise in das Gewebe des liberalen demokratischen Staates eingebunden. Doch an genauerem Verständnis für das Verhältnis zwischen Staat und Kirche mangelt es. Mit Liedhegener kann festgehalten werden, dass das »Ziel [...] eine aussagekräftige Typologie der Zuordnung von Staat und Religionsgemeinschaften«⁸⁸ anhand weniger Kriterien sein muss. Doch so weit ist die gegenwärtige Forschung noch nicht, was mit Hilfe von zwei Beispielen exemplarisch illustriert werden soll. Die von Fox⁸⁹ vorgelegte

⁸⁴ PAUL A. DJUPE und CHRISTOPHER P. GILBERT: *The political influence of churches*, Cambridge 2009; VAN DER BRUG, HOBOLT, DE VREESE: *Religion and Party Choice in Europe*, 2009, S. 1280.

⁸⁵ CASANOVA: *Public religions*, 1994.

⁸⁶ ANTONIUS LIEDHEGENER: Politik und Religion in der aktuellen politischen Wissenschaft. Mehr als politische Gewalt im Namen Gottes, in: *Zeitschrift für Politik* 58 (2011), S. 188–212, hier: 209.

⁸⁷ JEFF HAYNES: *Religion in global politics*, London 1998, S. 220.

⁸⁸ LIEDHEGENER: Politik und Religion in der aktuellen politischen Wissenschaft, 2011, S. 196.

⁸⁹ FOX: *A world survey of religion and the state*, 2008.

umfassende Datenbasis, die 60 Variablen für 175 Länder zum Verhältnis von Staat und Religion erhebt und verarbeitet, erlaubt zwar im Prinzip die Erstellung hochdifferenzierter Aussagen (und ist somit ein Fortschritt gegenüber sehr grob vorgehenden Klassifikationen). Allerdings ist kritisch anzumerken, dass hier die unterschiedlichen Charaktere der Länder hinsichtlich der politischen Systeme (also Demokratie, Autokratie und Zwischenformen) keineswegs hinreichend berücksichtigt werden. Das Streben nach Maximierung der erfassten Fallzahlen ignoriert grundlegende Maximen vergleichender Forschungslogik, was auf Kosten der tatsächlichen Vergleichbarkeit geht. Der von Minkenberg⁹⁰ verfasste Überblick zu den in der Literatur gängigen Klassifikationen des Staat-Kirche-Verhältnisses äußert die Kritik, dass diese grobenteils zu stark an verfassungsrechtlichen Kriterien orientiert seien und »der politischen Qualität des Staat-Kirche-Verhältnisses nicht gerecht« würden.⁹¹ Die von ihm alternativ vorgelegte Konzeptionalisierung bezieht allerdings genuin darüber hinausgehende Kriterien auch nicht ein; sie endet schließlich in einem Kontinuum aus neun Klassen, das aus Gründen der Übersichtlichkeit dann auf drei reduziert wird, wodurch aber wiederum in den Klassen erhebliche Heterogenität einzieht und die Analyse erschwert wird. Mehr ist allerdings, das sei der Fairness halber angemerkt, im Rahmen eines Zeitschriftenartikels auch nicht zu leisten; dazu wird es eines größer angelegten, eventuell kollaborativ vorgehenden Projekts bedürfen. Die oben gemachten Ausführungen über die Eingebettetheit von Kirchen in das politische System, die Wichtigkeit der landesspezifischen Interessenaggregations- und Verbändesysteme sowie der Kontakte der Kirchen in das Parteiensystem können dabei helfen, die sich aus der gegenwärtig dominanten staatsrechtlichen Perspektive auf das Staat-Kirche-Verhältnis zu lösen und zu neuen Erkenntnissen zu gelangen.

Abschließend ist zu sagen, dass das Thema »Religion und Politik«, das im Lauf der Geschichte der Bundesrepublik von abnehmender Relevanz zu sein schien, seit Beginn des 21. Jahrhunderts wieder deutlich an Relevanz und politischer Brisanz zugenommen hat. Sowohl die weiter oben bereits erwähnten internationalen Entwicklungen wie auch innenpolitischer Wandel in mehreren Dimensionen (von Migrationseffekten über Integrationsfragen bis zur Veränderung der religiösen und konfessionellen Landkarte im Gefolge der deutschen Einigung) haben zu einer Wiederbelebung der Debatten in diesem Themengebiet geführt.

Das ist aber kein Grund, pauschal allen Einfluss von Religion auf Politik zu verdammen, wie das in manchen übereifrigen und von wenig Verständnis für das gewachsene Verhältnis von Staat und Kirche geprägten Laizismus-Debatten geschieht. Debatten über vermeintliche »Privilegien« der Kirchen (bei der Ein-

⁹⁰ MINKENBERG: Staat und Kirche in westlichen Demokratien, 2003.

⁹¹ A.a.O., 2003, S. 115.

treibung der Kirchensteuer, den Staatsleistungen für die Kirchen etc.⁹²⁾ sind oft sehr einseitig und nur vage verhüllte Plädoyers gegen Kirchen und für eine vollständige Dominanz des politischen über alle anderen gesellschaftlichen Subsysteme; für Rufe nach der »Trennung von Politik und Religion« gilt zumeist entsprechendes.⁹³ Zudem wird die Befähigung von Religionen, auch zur Schlichtung von Konflikten sowie zur Stiftung von Frieden beizutragen,⁹⁴ von so einer ausschließlich negativen Darstellung völlig ausgeblendet.

Deshalb helfen Verallgemeinerungen wenig – eher sind Differenzierung und klare Kriterien für Bewertungen gefragt. Denn Religionen unterscheiden sich (sowohl untereinander als auch hinsichtlich ihrer Binnenpluralität) zum einen substantiell in ihrer Bereitschaft zur Anerkennung der Eigenständigkeit von Politik;⁹⁵ zum anderen können sich Religionen auch in ihrer Lehre und Praxis in Auseinandersetzung mit Politik weiterentwickeln. Das gilt nicht zuletzt für ihr Verhältnis zum Wert und zur Praxis der Demokratie – wofür der deutsche Protestantismus wahrscheinlich ein gutes Beispiel ist.⁹⁶ Nötig ist also nicht weniger, sondern mehr und besseres Verständnis für diesen Themenbereich; und das heißt wohl auch: mehr wissenschaftliche Forschung, zu der die in diesem Band vorgestellten Ansätze beitragen wollen.

⁹² Vgl. ROSEMARIE WILL (Hg.): *Die Privilegien der Kirchen und das Grundgesetz*. 4. Berliner Gespräche über das Verhältnis von Staat, Religion und Weltanschauung. 22.–23. Januar 2010, Berlin 2011.

⁹³ Vgl. als Auseinandersetzung mit dieser Debatte etwa ULRICH WILLEMS: *Religion als Privatsache? Eine kritische Auseinandersetzung mit dem liberalen Prinzip einer strikten Trennung von Politik und Religion*, in: *Politik und Religion*, hg. von DEMS. und MICHAEL MINKENBERG, Opladen / Wiesbaden 2003, S. 88–112.

⁹⁴ Vgl. ROLAND CZADA, THOMAS HELD und MARKUS WEINGARDT (Hgg.): *Religions and world peace. Religious capacities for conflict resolution and peacebuilding*, Baden-Baden 2012.

⁹⁵ Siehe hierzu MICHAEL COOK: *Ancient Religions, Modern Politics. The Islamic Case in Comparative Perspective*, Princeton 2014.

⁹⁶ Siehe dazu insbesondere die Denkschrift »Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie« (Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe; eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 21986). Siehe zu »abbrechenden Kontinuitätslinien« etwa DETLEF POLLACK: *Abbrechende Kontinuitätslinien im deutschen Protestantismus nach 1945*, in: *Nationalprotestantische Mentalitäten: Tagung des Max-Planck-Instituts für Geschichte in Göttingen vom 26. bis 28. Februar 2003*, hg. von MANFRED GALLUS, HARTMUT LEHMANN und MANFRED GAILUS, Göttingen 2005, S. 453–466; zum »Stuttgarter Schuldbekenntnis« CLEMENS VOLLNHALS: *Im Schatten der Stuttgarter Schulderklärung. Die Erblast des Nationalprotestantismus*, in: *Nationalprotestantische Mentalitäten. Tagung des Max-Planck-Instituts für Geschichte in Göttingen vom 26. bis 28. Februar 2003*, hg. von MANFRED GALLUS, HARTMUT LEHMANN und MANFRED GAILUS, Göttingen 2005, S. 453 ff.